

Wien, 24.08.2018

Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der Institutionellen Immobilieninvestoren (VII)

Abriss-Stopp verschärft die Wohnungsnot in Wien

Die Änderung der Wiener Bauordnung, die ohne Übergangsfrist bereits am 30. Juni in Kraft trat, wird die Wohnungsnot in Wien verschärfen. Wieder ein Beweis, dass Politiker gerne auf der populistischen Welle reiten, von der Realität aber leider wenig Kenntnis haben. Man kann sich zwar den Applaus abholen, aber das Problem wurde dadurch nur verschärft, da auch anhängige Verfahren und bewilligungsfreie Abbrüche gestoppt wurden. Nicht nur die Bauwirtschaft, die viele Baustellen einstellen und Mitarbeiter freistellen musste, war vor den Kopf gestoßen, sondern auch all jene, die nach dem Abriss bereits Wohn-Neubauten geplant hatten. Natürlich hat niemand etwas gegen den Schutz historisch wertvoller Gebäude einzuwenden. Den gab es aber bisher schon. Dass nun bei jedem Abbruch nachgefragt und ein Nachweis erbracht werden muss, dass es technisch nicht machbar sei zu renovieren- wie nun in der Bauordnung verlangt -, ist verantwortungslos. Was technisch machbar ist, ist nicht näher ausgeführt und wer kann das genau beurteilen? Denn technisch machbar ist vieles, die Frage ist nur wer bezahlt das? Der Mieter nicht und der Vermieter wird es sich in vielen Fällen, vor allem in Gründerzeitvierteln, nicht leisten können.

Gründerzeithäuser sind nur dann schön, wenn sie saniert und gepflegt werden. Ja sie prägen auch ein Stadtbild. Nur muss man es sich leisten können.

So lange die Politik nicht in der Lage ist, das Mietrecht so zu ändern, dass generalsanierte Wohnungen, egal in welchem Gebäude sie sich befinden, zu marktüblichen Mietpreisen angeboten werden können, werden wir weiter verfallende Häuser und damit weniger Wohnraum vorfinden. Die Schuld wird dann wieder den Vermietern zugeschoben. Das nennt man dann „Politik machen“.